

**Zeitschrift:** Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte =  
Annuaire Suisse d'histoire économique et sociale

**Herausgeber:** Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte

**Band:** 27 (2012)

**Artikel:** Die Schweiz in der Krise (1929-1936) : Währungs-, Finanz-,  
Wirtschafts- und Sozialpolitik der Schweizerischen Eidgenossenschaft

**Autor:** Müller, Philipp

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-632416>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 31.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Philipp Müller

## Die Schweiz in der Krise (1929–1936)

### Währungs-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Schweizerischen Eidgenossenschaft<sup>1</sup>

Switzerland in Crisis (1929-1936): the Monetary, Financial, Economic and Social Policies of the Swiss Confederation

The Great Depression affected Switzerland profoundly. Exports crumbled. One out of eight big banks closed its doors. In winter 1935, more than eight percent of the working population was unemployed. Poverty touched almost one inhabitant out of five.

Contrary to most other countries, Switzerland changed its monetary policy only in September 1936. The policy of the strong Swiss franc constituted the core of the Swiss bourgeois elites' response to the crisis. Their financial policy shows their determination to defend budget equilibrium and to shift the main part of the cost of the crisis onto the shoulders of the population's majority. State interventions in the economy demonstrated the selectivity of its action. On the one hand, the Swiss Confederation injected important amounts of liquidity into the banking system in order to prevent bankruptcies. On the other hand, public actions against unemployment and poverty were largely insufficient or simply non existing.

This contribution shows that the crisis policies pursued by the Swiss Confederation were primarily oriented towards the interests of decision-makers from the export and banking sectors. It discusses these policies and their consequences as well as their foundations.

1 Der vorliegende Beitrag basiert im Wesentlichen auf der Dissertation des Autors: Philipp Müller, *La Suisse en crise (1929–1936). Les politiques monétaire, financière, économique et sociale de la Confédération helvétique*, Lausanne 2010. Ich danke Frau Barbara Herzig des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Lausanne und Herrn Dr. Martin Müller ganz herzlich für ihre wertvolle Unterstützung bei der Übersetzung dieses Textes.

Die Schweiz zählt zu den wenigen Ländern, die während der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre weder ihre politischen Mehrheitsverhältnisse grundlegend verändert sahen noch ihr politisches Regime wechselten. Das Land erlebte auch keine Umwälzungen wie Frankreich und Spanien mit der «Volksfront», die Vereinigten Staaten mit dem *New Deal* oder Schweden mit dem «Kuhhandel» zwischen den Sozialdemokraten und den Bauern.<sup>2</sup> Die Schweiz versank weder im Faschismus noch im Nationalsozialismus – trotz dem Aufkommen faschistischer, nationalsozialistischer oder rechtskonservativer Bewegungen und Organisationen als Folge der Krise<sup>3</sup> und teilweise in Verbindung mit der Stärkung der «neuen helvetischen Rechten», die Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden war.<sup>4</sup> Die Versuche der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) und der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung als wichtigster Oppositionskräfte des Landes, ihre Allianz zu den Bauern hin zu erweitern, konnten die Regierungskoalition aus FDP, den Katholisch-Konservativen und der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB)<sup>5</sup> nicht erschüttern.

Diese relative politische Stabilität drückt sich auch in der grundsätzlichen Weiterführung der herkömmlichen Wirtschaftspolitik aus, auch wenn diese krisenbedingt bemerkenswerte Umorientierungen erfuhr. Diese wurden stark von der Politik des starken Frankens bedingt, den die helvetischen Eliten während langer Zeit verteidigten. Während der Krise der 1930er-Jahre führte die Schweiz mit Frankreich und den Niederlanden bis im September 1936 ihre Währungspolitik, die auf der Verteidigung der 1925 wiederhergestellten Goldparität von 1914 beruhte, weiter.<sup>6</sup> Dies hatte erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Schweizer Wirtschaft. Zunächst kam es zu einem Rückgang der Ausfuhren um 40 Prozent zwischen 1928/29 und 1932 – vor allem ab 1931 – bei gleichzeitiger Widerstandsfähigkeit des einheimischen Marktes, der von einem eigentlichen Bauboom geprägt war, und zum Einsetzen einer krisenverschärfenden Deflation. Ab 1933 war es trotz der schrittweisen Erholung der Weltwirtschaft aufgrund des massiv angestiegenen Wechselkurses des Schweizer Frankens äusserst schwierig, die Umsätze auf den ausländischen Märkten zu steigern. Gleichzeitig erlebte die Schweiz einen rapiden und brutalen Absturz der Dynamik in der Binnenwirtschaft.<sup>7</sup>

2 Vgl. Peter Gourevitch, *Politics in Hard Times. Comparative Responses to International Economic Crisis*, Ithaca 1986, S. 124–181.

3 Roland Ruffieux, *La Suisse de l'entre-deux-guerres*, Lausanne 1974, S. 216–258.

4 Hans Ulrich Jost, *Die reaktionäre Avantgarde. Die Geburt der Neuen Rechten in der Schweiz um 1900*, Zürich 1992.

5 Oskar Scheiben, *Krise und Integration. Wandlungen in den politischen Konzeptionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1928–1936: ein Beitrag zur Reformismusdebatte*, Zürich 1987.

6 Zur französischen Währungspolitik Kenneth Mouré, *La politique du franc Poincaré (1926–1936)*, Paris 1998; zur Währungspolitik der Niederlande Richard T. Griffiths (Hg.), *The Netherlands and the Gold Standard, 1931–1936. A Study in Policy Making and Policy*, Amsterdam 1987.

7 Francesco Kneschaurek, *Der schweizerische Konjunkturverlauf und seine Bestimmungsfaktoren*,

Nach der fast gänzlichen Vollbeschäftigung Ende der 1920er-Jahre belief sich die offizielle Arbeitslosenquote während des Winters 1935/36 auf rund 8 Prozent der aktiven Bevölkerung. Der Anspruch auf Sozialhilfe stieg steil an und betraf im Jahr 1936 beinahe jeden fünften Einwohner.<sup>8</sup>

Trotz der Bedeutung der 1930er-Jahre für die Schweiz im Hinblick auf ihre Währungs-, Finanz- und Wirtschaftsgeschichte existierte bis vor kurzem keine umfassende Studie zu diesen Themenbereichen und ihren Interdependenzen. Die drei wichtigsten Arbeiten zur Geschichte der Schweiz während der Zwischenkriegszeit sprechen zwar die Krise der 1930er-Jahre an, ohne jedoch die Fundamente der Krisenpolitiken zu diskutieren.<sup>9</sup>

Die Publikationen, die sich spezifisch mit der Wirtschaftsgeschichte und den Krisenpolitiken der 1930er-Jahre befassen, können zwei historiographischen Zeitaltern zugesprochen werden. Die erste Phase erstreckt sich von den 1950er-Jahren bis Ende der 1990er-Jahre und wird von den Ökonomen dominiert.<sup>10</sup> Die 1952 erschienene Pionierarbeit von Francesco Kneschaurek bleibt hierbei eine zentrale Referenz hinsichtlich der Analyse des Konjunkturverlaufes in der Schweiz. Die zweite Phase beginnt Ende der 1990er-Jahre. Sie wird von den HistorikerInnen geprägt, welche jedoch bezeichnenderweise in der Person des Ökonomen Wilfried Rutz einen wichtigen Vorläufer finden. Seine Dissertation von 1970 präsentiert ein sehr umfassendes Inventar der Krisenpolitiken des Bundes, beschränkt sich jedoch mehrheitlich auf die Beschreibung der verschiedenen Massnahmen aufgrund der öffentlich zugänglichen Quellen. Während beinahe 30 Jahren bleibt der Forschungsstand unverändert, mit der wichtigen Ausnahme eines 1982 erschienenen Artikels von Gérald Arlettaz zur von den Entscheidungsträgern des Finanzplatzes und der Exportindustrie geforderten Deflationspolitik.<sup>11</sup>

Zürich 1952; Sophie Faber, Die Ursachen der Deflation in der Schweiz in den dreissiger Jahren, Beitrag anlässlich der Jahrestagung 1997 der Schweizerischen Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik; Mathias Zurlinden, Goldstandard, Deflation und Depression: Die schweizerische Volkswirtschaft in der Weltwirtschaftskrise, in: Schweizerische Nationalbank, Quartalshefte, 2/2003, S. 86–116.

<sup>8</sup> Müller (wie Anm. 1), S. 29–109.

<sup>9</sup> Roland Ruffieux, *La Suisse de l'entre-deux-guerres*, Lausanne 1974; Hans von Greyerz, Der Bundesstaat seit 1848, in: *Handbuch der Schweizer Geschichte*, Zürich 1980, S. 1146–1198; Hans Ulrich Jost, *Menace et repliement 1914–1945*, in: *Nouvelle histoire de la Suisse et des Suisses*, Lausanne 1986, S. 681–770.

<sup>10</sup> Alexander Stebler, *Der industrielle Konjunkturverlauf in der Schweiz 1919–1939*, Immensee 1946; Kneschaurek (wie Anm. 7); Wilfried Rutz, *Die schweizerische Volkswirtschaft zwischen Währungs- und Beschäftigungspolitik in der Weltwirtschaftskrise – wirtschaftspolitische Analyse der Bewältigung eines Zielkonflikts*, Dissertation, St. Gallen 1970; Jacques Beuchat, *Conjoncture et structures industrielles de la Suisse dans l'entre-deux-guerres*, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Genf 1980; Stéphane Crettex, *La Suisse et la Grande crise des années trente. Une analyse économique*, Lausanne 1989; auch Faber (wie Anm. 7); Zurlinden (wie Anm. 7).

<sup>11</sup> Gérald Arlettaz, *Crise et déflation. Le primat des intérêts financiers en Suisse au début des années 1930*, in: *Relations internationales* 30 (1982), S. 159–175.



Das Forschungsinteresse für die Krise der 1930er-Jahre in der Schweiz nimmt erst ab Ende der 1990er-Jahre markant zu. Einerseits werfen zwei Sammelbände Licht auf wichtige Aspekte der Wirtschafts- und Finanzgeschichte dieser Zeit.<sup>12</sup> Verschiedene seit 1999 veröffentlichte Studien, insbesondere im Rahmen der Arbeiten der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK), füllen beträchtliche Lücken in Bezug auf die Bankenkrise, die Rahmenbedingungen der Aussenhandelspolitik, die Aussenwirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland und die Grundlagen der Währungspolitik während der Krise.<sup>13</sup> Diese Publikationen haben jedoch nicht zum Ziel, die Krisenpolitiken der Schweiz während der bedeutendsten Wirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts grundlegend zu diskutieren. Gleichzeitig findet ab Ende der 1990er-Jahre eine HistorikerInnenendebatte zur Währungspolitik der Schweiz während der 1930er-Jahre statt. Bereits für Wilfried Rutz spielte die Verteidigung des Goldfrankens durch die helvetischen Entscheidungsträger eine zentrale Rolle im Rahmen der Krisenpolitikbewältigungsstrategie der Schweiz. Die HistorikerInnen interessieren sich für diesen Fragenkomplex seit dem oben-erwähnten Artikel von Gérald Arlettaz. Arlettaz unterstreicht das Primat des Interesses des Finanzplatzes an einem starken Franken und den innenpolitischen Konsens über die Verteidigung des Goldfrankens, um die erst spät erfolgte Abwertung des Frankens zu erklären.<sup>14</sup> Diese These wurde seither vertieft behandelt und auch teilweise in Frage gestellt. Jan Baumann und Patrick Halbeisen sowie die Studie der UEK zum Finanzplatz Schweiz zeigen das ambivalente Verhalten der Bankeliten auf, die zwischen Geschäftsopportunismus und feierlichen Erklärungen für den Verbleib der Schweiz unter den Ländern, die dem Goldfranken treu blieben, hin und her schwankten.<sup>15</sup>

12 Die Krise der 30er Jahre, *Traverse*, 1/1997; Sébastien Guex et al., *Krisen und Stabilisierung. Die Schweiz in der Zwischenkriegszeit*, Zürich 1998.

13 Zur Bankenkrise der 1930er-Jahre insbesondere Jan Baumann, *Bundesinterventionen in der Bankenkrise 1931–1937. Eine vergleichende Studie am Beispiel der Schweizerischen Volksbank und der Schweizerischen Diskontbank*, Dissertation, Zürich 2004; zum Finanzplatz Schweiz vgl. Marc Perrenoud, Rodrigo López et al., *La place financière et les banques suisses à l'époque du national-socialisme. Les relations des grandes banques avec l'Allemagne (1931–1946)* (Veröffentlichungen der UEK, Bd. 13), Zürich 2002; zur Aussenwirtschaftspolitik Stefan Frech, *Clearing. Der Zahlungsverkehr der Schweiz mit den Achsenmächten* (Veröffentlichungen der UEK, Bd. 3), Zürich 2001; zu den Aussenwirtschaftsbeziehungen der Schweiz mit Deutschland Frech, ebd., sowie Sébastien Guex, *Relations commerciales entre l'Allemagne et la Suisse: histoire d'une rupture 1930–1932*, in: ders. (Hg.), *La Suisse et les Grandes puissances 1914–1945*, Genève 1999, S. 265–301; zur Währungspolitik Philipp Müller, *La bataille pour le franc: la Suisse entre déflation et dévaluation (1931–1936)*, in: ders.; Isabelle Paccaud, Janick Marina Schaufelbuehl, *Franc suisse, finance et commerce*, Lausanne 2003, S. 7–147; Elisabeth Allgoewer, *Gold Standard and Gold-standard Mentality in Switzerland 1929–1936*, unveröffentlichter Forschungsbericht, St. Gallen 2003; auch Tobias Straumann, *Fixed Ideas of Money. Small States and Exchange Rate Regimes in Twentieth Century Europe*, Cambridge, New York 2010, S. 94–170.

14 Arlettaz (wie Anm. 11).

15 Jan Baumann, Patrick Halbeisen, *Die Internationalisierung des Finanzplatzes Schweiz und ihre Folgen für die Währungspolitik: Konsens und Konflikte zwischen der Nationalbank und den*

Sébastien Guex seinerseits beharrt auf der zentralen Rolle der Haltung der Eliten der Exportindustrie gegenüber dem Goldfranken, um die Entwicklung der Währungspolitik während der 1930er-Jahre zu verstehen.<sup>16</sup> Jakob Tanner behandelt die Bedeutung des Mythos des starken Frankens für die innenpolitische Stabilität der Schweiz.<sup>17</sup> Elisabeth Allgoewer setzt sich mit den Fundamenten der schweizerischen Fassung der «gold standard mentality», wie sie Barry Eichengreen und Peter Temin bezeichnen,<sup>18</sup> und ihrem Einfluss auf die helvetischen Entscheidungsträger auseinander.<sup>19</sup> In einer 2003 erschienenen Publikation hat der Autor versucht, eine vertiefte Analyse dieser Frage aufzuzeigen, die sich insbesondere auch mit den Diskussionen innerhalb der Organisationen der zentralen wirtschaftlichen und sozialen Kräfte der Schweiz, ihren Konfrontationen um die Krisenpolitik sowie dem Währungsargument, mit dem die bürgerliche Elite ihr Wirtschafts- und Finanzprogramm legitimierte, auseinandersetzt.<sup>20</sup> Schliesslich diskutieren Michael Bordo, Thomas Helbling und Harold James hypothetisch die realwirtschaftlich positiven Auswirkungen einer bereits 1931 oder 1933 erfolgten Abwertung des Schweizer Frankens für die Schweiz, und kommen auf erwähnte Erklärungsansätze bezüglich der erst 1936 erfolgten Abwertung des Goldfrankens zurück.<sup>21</sup>

Unser Beitrag hat zum Ziel, eine Interpretation der Krisenpolitiken der Schweizerischen Eidgenossenschaft während der folgenreichsten Krise des 20. Jahrhunderts zu leisten. Drei Zielrichtungen stehen dabei im Mittelpunkt: die erste betrifft die dominierende Anschauungsweise der Industrie- und Finanzeliten der Schweiz, welche seit Beginn des 20. Jahrhunderts den «hegemonialen Kern» des Bürgerblocks bilden und die Schwerpunkte des Staatsapparates und der Schweizerischen Nationalbank (SNB) prägen.<sup>22</sup> Es gilt zu fragen, ob es der Exportwirtschaft in Zusammenarbeit mit den

Geschäftsbanken 1919–1939, unveröffentlichter Beitrag zur Studientagung «Switzerland as a financial centre in international perspective (1913–1965)», Lausanne 1999; Perrenoud et al. (wie Anm. 13), S. 54–68.

16 Sébastien Guex, *La politique de la Banque nationale suisse (1907–1939): modèles, références et spécificités*, in: Olivier Feiertag, Michel Margairaz (Dir.), *Politiques et pratiques des banques d'émission en Europe (XVII<sup>e</sup>–XX<sup>e</sup> siècle). Le bicentenaire de la Banque de France dans la perspective de l'identité monétaire européenne*, Paris 2003, S. 526–548.

17 Jakob Tanner, *Goldparität im Gotthardstaat: Nationale Mythen und die Stabilität des Schweizer Frankens in den 1930er- und 1940er Jahren*, in: *Studien und Quellen* 26 (2000), S. 45–83.

18 Barry Eichengreen, Peter Temin, *The Gold Standard and the Great Depression*, in: *Contemporary European History*, 9/2 (2000), S. 183–207.

19 Allgoewer (wie Anm. 13).

20 Müller (wie Anm. 13).

21 Michael Bordo, Thomas Helbling, Harold James, *Swiss Exchange Rate Policy in the 1930s. Was the Delay in Devaluation Too High a Price to Pay for Conservatism?*, NBER Working Paper 12491, August 2006.

22 Zum Begriff des hegemonialen Kerns vgl. insbesondere die auf der Hegemonietheorie Antonio Gramscis aufbauende Arbeit von Manuel A. Garretón, *El proceso político chileno*, Santiago de Chile 1983, S. 126. Zu den bürgerlichen Eliten der Schweiz und ihren Verflechtungen während der Zwischenkriegszeit vgl. insbesondere Hanspeter Schmid, *Wirtschaft, Staat und Macht. Die Politik*

Banken gelang, ihren Einfluss auf die grundlegende Ausrichtung der Bundespolitik, die auf einer Abneigung gegen staatlichen Interventionismus beruhte sowie auf der Entschlossenheit, das Gleichgewicht der Bundesfinanzen zu gewährleisten und die Anbindung des Schweizer Frankens an den Goldstandard beizubehalten, während der 1930er-Jahre zu bewahren.

Die zweite Zielrichtung unserer Arbeit betrifft die Rolle des Staates und der Finanzpolitik angesichts der Krise. Dabei wird der Begriff des «verstärkten selektiven Interventionismus» eingeführt, um die Wirtschaftspolitik der Landesregierung zwischen 1929 und 1936 zu erfassen.<sup>23</sup> Die Hypothese der Selektivität dieses Interventionismus bezieht sich auf die Diskrepanz zwischen der Entschlossenheit des Bundesrates und der bürgerlichen Parlamentsmehrheit, gefährdete wirtschaftliche Sektoren zu unterstützen, bei gleichzeitigem Fehlen von signifikanten Antworten auf die sozialen Folgen der Krise, wie sie schon etwa während der Krise der Jahre 1920–1923 zum Ausdruck kam. Die Diskussion über die selektiven Eingriffe der Bundesregierung muss durch die Analyse der Finanzpolitik und der Bundesfinanzen ergänzt werden. Dabei soll berücksichtigt werden, was Michael Krätke die «politische Ökonomie des Steuerstaats» nennt, nämlich «die ökonomischen Beziehungen zwischen bürgerlichem Staat und bürgerlicher Gesellschaft, die mit der Besteuerung hergestellt werden».<sup>24</sup>

Unser dritter Analysevektor betrifft die Verteidigung des Goldfrankens. Will man die späte Abwertung des Schweizer Frankens verstehen, scheinen fünf wichtige Faktoren bestimmend zu sein. Erstens der Wille der helvetischen Eliten, den starken Franken im Interesse des Finanzplatzes sowie als Garant einer mittel- und längerfristigen stabilen Währungsgrundlage der engen Verknüpfung wichtiger Teile der schweizerischen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft zu verteidigen. Zweitens die Legitimierung der Krisenpolitik, welche die bürgerliche Mehrheit forderte, insbesondere ihre Defla-

der schweizerischen Exportindustrie im Zeichen von Staats- und Wirtschaftskrise (1918–1929), Zürich 1983, S. 42–49; Geneviève Billeter, *Le pouvoir patronal. Les patrons des grandes entreprises suisses des métaux et des machines (1919–1939)*, Genève 1985, S. 183–202; dies., *Qui sont les industriels de la métallurgie et des machines entre les deux guerres mondiales?*, in: *Revue suisse d'histoire* 35 (1985), S. 54–70; Cécile Pasche, *Heinrich Homberger (1896–1985). Servir la Patrie? Servir le Vorort...*, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Lausanne 2000, S. 35–47 und 141–151; Christian Werner, *Für Wirtschaft und Vaterland. Erneuerungsbewegungen und bürgerliche Interessengruppen in der Deutschschweiz 1928–1947*, Zürich 2000; Yves Sancey, *Un capitalisme de «Gentlemen». Emergence et consolidation de l'autorégulation bancaire en Suisse et en Angleterre (1914–1940)*, unveröffentlichte Dissertation, Lausanne 2004, S. 419–500; Gerhard Schnyder, Martin Lüpold, André Mach, Thomas David, *The Rise and Decline of the Swiss Company Network during the 20th Century*, Lausanne 2005.

23 Zum Begriff des verstärkten selektiven Interventionismus vgl. Müller (wie Anm. 1), S. 19–23.

24 Michael Krätke, *Kritik der Staatsfinanzen. Zur Politischen Ökonomie des Steuerstaats*, Hamburg 1984, S. 20.

tionspolitik bei Preisen und Löhnen<sup>25</sup> sowie die restriktive Finanzpolitik,<sup>26</sup> mittels Rückgriff auf das Währungsargument. Hintergrund dieser beiden ersten Faktoren bildet nach der hier vertretenen Hypothese, was Barry Eichengreen und Peter Temin mit dem Begriff der die bürgerlichen Eliten prägenden «gold-standard mentality» umschreiben. Drittens ist die «Fetischisierung»<sup>27</sup> des Frankens im Dienste der «Domestizierung der Linken»<sup>28</sup> zu berücksichtigen. Der bürgerliche Diskurs über die Währungspolitik wird damit zu einem Hebel gegen die alternative Krisenpolitik, wie sie von Sozialdemokraten und Gewerkschaften befürwortet wurde. Der vierte erklärende Faktor thematisiert Haltung und Rolle der Branchenfürher der Exportindustrie, vor allem in Maschinenindustrie und Metallurgie. Solange deren Repräsentanten den Goldfranken befürworteten, stellte die Abwertung des Schweizer Frankens keine Option dar. In Verbindung mit dieser Haltung gilt es schliesslich, fünftens, den bis Mitte 1935 bestehenden breiten politischen Konsens über die schweizerische Währungspolitik mit einzubeziehen.

## Die Verteidigung des Goldfrankens: die Währungspolitik

Im Gegensatz zu einer grossen Mehrheit anderer Länder war die Schweiz – wie insbesondere auch Frankreich, die Niederlande und Belgien – nicht gezwungen, dem allgemeinen Trend zur Währungsabwertung oder der De-facto-Suspendierung des Goldstandards, den die Abwertung des Pfunds Sterling im September 1931 auslöste,<sup>29</sup> zu folgen. Im Hinblick auf die von den Schweizer Eliten der 1930er-Jahre geteilte Ansicht, die Goldparität des Frankens der Vorkriegszeit sei zu verteidigen, war dieser die letzte Festung gegen den allgemeinen Protektionismus sowie der wichtigste Pfeiler für den notwendigen Wiederaufbau einer auf liberalen Prinzipien beruhenden globalen Wirtschaft. Mit anderen Worten: das im Rückblick wichtigste Instrument zur wirksamen Bekämpfung der Wirtschaftskrise wurde während vieler Jahre von den politischen Auseinandersetzungen, wenigstens öffentlich, ausgeschlossen.<sup>30</sup>

25 Zur Deflationspolitik und -diskussion während der Krise der 1930er-Jahre vgl. Müller (wie Anm. 1), S. 159–243 und 509–600.

26 Ebd., S. 249–257, 339–468 und 601–643.

27 Sébastien Guex, La politique de la Banque nationale suisse (1907–1939): modèles, références et spécificités, in: Olivier Feiertag, Michel Margairaz (Dir.), Politiques et pratiques des banques d'émission en Europe (XVII<sup>e</sup>–XX<sup>e</sup> siècle). Le bicentenaire de la Banque de France dans la perspective de l'identité monétaire européenne, Paris 2003, S. 526–548, S. 543.

28 Jakob Tanner, Goldparität im Gotthardstaat: Nationale Mythen und die Stabilität des Schweizer Frankens in den 1930er und 1940er Jahren, in: Studien und Quellen 26 (2000), S. 45–83, S. 68.

29 Barry Eichengreen, Golden Fetters. The Gold Standard and the Great Depression 1919–1939, Oxford 1996, S. 264–285.

30 Dazu Müller (wie Anm. 13).

Ab Sommer 1931 reduzierte die Schweizerische Nationalbank (SNB) nach und nach ihre in Gold konvertierbare Devisenreserve.<sup>31</sup> Gleichzeitig kam es zu einer massiven Repatriierung der ausländischen Goldbestände. Vor dem Bankausschuss stellte der Präsident des Direktoriums, Gottlieb Bachmann, fest, dass «die Nationalbank [...] vielleicht diejenige Notenbank [sei], die am meisten auf eine Verstärkung ihres Goldbestandes hinzielt».<sup>32</sup> Nach der englischen Abwertung vom September 1931 kündigte die SNB an, die britische Währungspolitik werde die Grundlage ihrer Politik nicht ändern.<sup>33</sup> Resultat: der Goldbestand der SNB vervierfachte sich zwischen Mai 1931 und August 1932, dem Höhepunkt dieses Zeitabschnitts. Die Golddeckung des Notenumlaufs überstieg 100 Prozent.

Diese Politik erzeugte keinen Widerstand. Innerhalb des mächtigen Dachverbands der Maschinenindustrie (VSM) erhoben sich nur wenige Stimmen zugunsten einer Diskussion über die Währungspolitik. An seiner ersten Sitzung nach der Abwertung des englischen Pfundes gab der Vorstand des VSM folgende Position zu Protokoll: «In der Frage der Haltung des Schweizerkurses wird mehrheitlich die Ansicht vertreten, dass der Goldkurs unseres Frankens gehalten werden müsse. Es liege nicht im Interesse der Wirtschaft, denselben ins Gleiten zu bringen.»<sup>34</sup> Die Führungskräfte des Schweizerischen Handels- und Industrievereins (SHIV) mieden ebenfalls jede Diskussion, welche als Kritik der SNB verstanden werden konnte.<sup>35</sup>

In den wichtigsten wirtschaftlichen Kreisen gab es also einen Konsens über die Notwendigkeit, die Goldparität des Schweizer Frankens zu erhalten. Der zentrale Grund dafür bestand im Ziel, die Weltwirtschaft zu sanieren, was gemäss den wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern von der Währungsstabilisierung abhing. Gottlieb Bachmann fasste dies folgendermassen zusammen: «Die Wirtschaft kann nur durch die Stabilisierung der Währung, die Abschaffung der Devisenkontrollen in einem zweiten Schritt und schliesslich durch den Abbau der Handelsschranken, mit dem Ziel, dass das Kapital wieder freier zirkulieren kann, wiederhergestellt werden.»<sup>36</sup> Der zweite Grund bezieht sich auf die Tatsache, dass die Aufrechterhaltung der Goldparität die Basis für das Vertrauen der Ausländer und der Schweizer in die

31 BNS, Vingt-quatrième rapport de la Banque nationale suisse de 1931, S.56.

32 Archiv der Schweizerischen Nationalbank (ASNB), Zürich, Protokolle der Sitzungen des Bankausschusses der SNB (PBA), Sitzung vom 4. und 5. September 1931.

33 ASNB, Protokolle der Sitzungen des Direktoriums der SNB (PD), Sitzung vom 5. Oktober 1931 (Protokoll Nr.811).

34 Archiv des Verbandes Schweizerischer Maschinenindustrieller, Zürich, Protokolle der Sitzungen des Vorstandes des VSM, Sitzung vom 9. Oktober 1931.

35 Archiv des Schweizerischen Handels- und Industrievereins (ASHIV), Zürich, Korrespondenz Vorort, 1.6.6.3.50, Brief vom 2. November 1931 an die Zürcherische Seidenindustrie-Gesellschaft.

36 BAR, E 7800 3/153b, Dossier «Conférence économique de Londres», Protokoll der vorbereitenden Sitzung vom 11. Mai 1933. Im französischen Originaltext: «On ne peut rétablir l'économie qu'en stabilisant les monnaies, en supprimant ensuite le contrôle des devises et en diminuant enfin les entraves au commerce de manière que le capital puisse circuler plus librement.»



Wirtschaft und vor allem in den Finanzplatz der Schweiz sei. Jean-Marie Musy, katholisch-konservativer Finanzminister zwischen 1919 und 1934, verkörperte diese Position, die sich im Wesentlichen darauf bezog, dass die Kapitalerträge aus den Investitionen im Ausland und der ausländische Kapitalzufluss für die Prosperität der Schweizer Wirtschaft von zentraler Bedeutung seien. Wie Musy in einem «Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Situation der Schweiz» an den Gesamtbundesrat im Februar 1932 formulierte: «Wir stellen fest, dass der enorme Beitrag aus dem Ausland an die Schweiz aufgrund der heutigen Bedingungen eine unabdingbare Unterstützung zur Erhaltung unseres wirtschaftlichen Gleichgewichtes ist.»<sup>37</sup>

Drittwichtigstes Argument: die Inflation, die sich durch die Infragestellung der Goldparität entwickeln würde. Einmal ausgelöst, würden Preiserhöhungen einen ungünstigen Einfluss auf die interne wirtschaftliche Stabilität ausüben, indem sie die Bankeinlagen abwerten und die schweizerische Glaubwürdigkeit, also einen moralischen Wert, untergraben würden. Bundesrat Albert Meyer, Vorsteher des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements ab März 1934, brachte diese Haltung in seiner 1.-August-Rede von 1934 in der Arbeiter- und Industriestadt Winterthur folgendermassen zum Ausdruck: «Ein kleiner Staat hat nur Kraft durch die sittlichen Ideen. Die Seele unseres Staates, Schweizerart und Schweizertugend, darf nicht abgewertet werden, so wenig wie der gute Schweizerfranken.»<sup>38</sup>

Trotz des Fehlens einer ernsthaften Kritik dieser Position blieb die diskursive Verteidigung der Währung ein ständiges Anliegen der Entscheidungsträger der Exportindustrie und des Finanzplatzes. Die Dramatik ihrer Sprache zeigt die Bedeutung der Währungsfrage für den Kern des «Bürgerblocks», wenn die *Neue Zürcher Zeitung* mit eindeutiger Klarheit betonte: «Eine Abwertung des Geldes aber überhaupt nur zu erwägen, ist ein Gedanke, den die Schweiz als internationales Gläubigerland und Hort grosser Sparguthaben allen Anlass hat, mit allen Mitteln schon im Embryonalzustand zu erwürgen.»<sup>39</sup>

Für die Bauernelite lief die Idee, die Währung in Frage zu stellen, darauf hinaus, am Schutz der Agrarpreise zu rütteln,<sup>40</sup> und die Gewerkschaften lehnten eine Geldabwertung aus Angst vor einer Inflation ab.<sup>41</sup> Die SPS ihrerseits zitierte als wichtigsten Fak-

37 BAR, E 6100 (A) 11/1, Dossier 362 «Bericht der Finanz- und Zolldirektion (FZD)» vom 6. Februar 1932. Im französischen Originaltext: «Nous constatons que cet énorme apport de l'étranger à la Suisse est devenu, dans les conditions actuelles, l'indispensable appoint au maintien de notre équilibre économique.»

38 BAR, Nachlass Bundesrat Albert Meyer J I.5/1, Rede vom 1. August 1934 in Winterthur.

39 Die schweizerische Wirtschaftspolitik am Scheideweg, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 6. Januar 1932.

40 BAR, E 7800 1/59, Dossier «Allgemeines», Protokoll der Wirtschaftskonferenz vom 23. April 1934.

41 Archiv des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (ASGB), Bern, Protokolle der Geschäftsleitung, Sitzung vom 25. Februar 1932.

tor die Stabilität, welche man der Verteidigung der Goldparität zusprach: «[...] unter dem Kapitalismus haben die Arbeiter Interesse an der größtmöglichen Stabilität.»<sup>42</sup> Das Bestehen dieses Konsenses führte dazu, dass die Diskussion um die Abwertung in der Schweiz, mit Ausnahme der politisch unbedeutenden Freiwirtschaftsbewegung,<sup>43</sup> nie öffentlich stattfand, wenn auch die Exponenten des Gewerbes, der Landwirtschaft und der Gewerkschaften spätestens ab 1934 in vertraulichen Sitzungen die Auslösung einer Diskussion um die Abwertung als Drohung zunehmend dazu einsetzten, um ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen gegenüber dem hegemonialen Kern des Bürgerblocks wirksamer zu unterstreichen.<sup>44</sup>

Die wichtigsten Angriffe gegen den Goldfranken gingen überraschender- oder ironischerweise vom Finanzplatz aus. Entgegen den öffentlichen Glaubensbekenntnissen der Bankenelite in die Schweizer Währung wurden massgebliche Verkäufe von Schweizer Franken zum ersten Mal nach der Abwertung des US-Dollars im April 1933 durchgeführt.<sup>45</sup> Die SNB verlor dabei fast ein Drittel ihrer Goldreserve.<sup>46</sup> Die überwiegende Mehrheit dieser Abhebungen waren das Ergebnis von Transaktionen von Schweizer Banken über den Finanzplatz Paris.<sup>47</sup> Diese Operationen wurden von den Schweizer Währungshütern hart kritisiert, denn «all' dies zeigt, dass in der Schweiz auch in den schwierigsten Kämpfen um die Währung bei den Banken nicht das nationale, sondern das Privatinteresse im Vordergrund steht».<sup>48</sup> Solche spekulativen Attacken wiederholten sich im Frühling 1934 und 1935.

42 Archiv der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (ASPS), Zürich, Protokolle des Vorstandes und der Geschäftsleitung der SPS (PSPS), Sitzung vom 19. März 1932, «Thèses concernant la valeur monétaire». Im französischen Originaltext: «Sous le régime capitaliste, les travailleurs ont tout intérêt à la plus grande stabilité possible».

43 Dazu Markus Schärer, Geld- und Bodenreform als Brücke zum sozialen Staat. Die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung in der Schweiz (1915–1952), Dissertation, Zürich 1983; Allgoewer (wie Anm. 13), S. 149–164.

44 Dazu exemplarisch die Diskussionen im Rahmen einer vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement einberufenen Wirtschaftskonferenz vom 23. April 1934, Bundesarchiv (BAR), Bern, E 7800 1/59, Dossier «Allgemeines», Protokoll der Konferenz vom 23. April 1934.

45 Dazu auch Jan Baumann, Patrick Halbeisen, Die Internationalisierung des Finanzplatzes Schweiz und ihre Folgen für die Währungspolitik, nicht publizierter Beitrag zum Kolloquium «Switzerland as a financial centre in international perspective (1913–1965)», Lausanne, 1./2. Oktober 1999.

46 BNS, Vingt-sixième rapport de la Banque nationale suisse de 1933, S. 58.

47 BAR, E 6100 (A) -/12 454, Dossier «Welt-Wirtschaftskonferenz. London 1933», Brief von Gottlieb Bachmann, Präsident des Direktoriums der SNB, an Jean-Marie Musy, Vorsteher des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements, vom 8. Mai 1933.

48 ASNB PBA, Sitzung vom 31. Mai 1933.



## Der ausgeglichene Bundeshaushalt als übergeordnetes Ziel der Krisenfinanzpolitik

Als zweite Säule der Krisenpolitik des «Bürgerblocks» war die Finanzpolitik auf den Ausgleich des Finanzhaushalts und die Fortsetzung der Schuldenabschreibung des Bundes ausgerichtet.<sup>49</sup> Dieses Doppelziel wurde einerseits durch das, was man als Finanzautoritarismus bezeichnen kann, erreicht. Die Finanzpolitik wurde den Mechanismen der direkten Demokratie entzogen, nachdem im Juni 1933 der Vorschlag, die Gehälter und die Löhne der Beamten, der Arbeiter und der Angestellten der Eidgenossenschaft sowie die der eidgenössischen Regiebetriebe (PTT, SBB etc.) zu reduzieren (Lex Musy),<sup>50</sup> an den Urnen zurückgewiesen worden war. Nun sollte jeder Einfluss der Linken auf die Finanzpolitik des Landes abgewehrt werden. Ausserdem sahen die Exponenten der Exportindustrie und des Finanzplatzes in dieser Strategie gleichzeitig eine wesentliche Bedingung für die Weiterführung der Deflationspolitik, die ab Ende des Jahres 1932 jedoch aufgrund der Ablehnung einer massgebenden Senkung der Binnenpreise durch die Vertreter der Landwirtschaft und des Gewerbes sowie nach der Ablehnung der Lex Musy zunehmend in Schwierigkeiten geriet. Zudem prüfte die bürgerliche Mehrheit eine Reihe von Massnahmen, die der Regierung erlauben sollten, so schnell wie möglich einen ausgeglichenen Bundeshaushalt wiederherzustellen. Instrument für die Umsetzung dieser Ideen waren die zwei eidgenössischen Finanzprogramme von 1933 und 1936.

Diese Programme sicherten die partielle Kontinuität der Bundesfinanzpolitik gemäss dem Willen der bürgerlichen Eliten, die finanzielle Belastung des Staates möglichst zu begrenzen.<sup>51</sup> Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg waren die Anhänger des «Bürgerblocks» diesmal entschlossen, nur als letzten Ausweg neue Kredite aufzunehmen oder Schulden bei der SNB zu machen. Sie entschieden sich daher für eine Krisenfinanzpolitik, die das Erreichen des Ziels eines ausgeglichenen Bundeshaushaltes sowohl auf einschneidende Sparmassnahmen im Bereich der Löhne und Saläre der Bundesbeamten und der Arbeiter und Angestellten der eidgenössischen Regiebetriebe als auch auf neue Einnahmen, hauptsächlich über indirekte (Konsum-)Steuern – Erhöhung gewisser Zolltarife, Einführung neuer inländischer Verbrauchssteuern –, ausrichtete.

Aus der Perspektive des «Bürgerblocks» waren die Ergebnisse dieser Politik offensichtlich. Abgesehen von einem Defizit von 15 Prozent 1933 überschritt der negative

49 Dazu Müller (wie Anm. 1), S. 249–257, 339–468 und 601–643.

50 Heinz Dickenmann, *Das Bundespersonal in der Weltwirtschaftskrise 1931–1939*, Dissertation, Zürich 1983, S. 89–104.

51 Sébastien Guex, *La politique monétaire et financière de la Confédération suisse 1900–1920*, Lausanne 1993, S. 132–154.

Saldo der Verwaltungsrechnung der Eidgenossenschaft zwischen 1929 und 1937 niemals die 6-Prozent-Schranke. Sieht man von den Amortisationstranchen der Staatsverschuldung ab, die trotz der tiefgehenden Krise jedes Jahr budgetiert wurden, hätte die Eidgenossenschaft in den Jahren 1929–1936 sogar ein Nulldefizit aufweisen können.<sup>52</sup> Wie Bundesrat Jean-Marie Musy Ende November 1933, etwas mehr als einen Monat nach der Verabschiedung des ersten Krisenfinanzprogramms, nicht ohne triumphierenden Unterton verkündete: «Wir sind das einzige Land der Welt mit einem ausgeglichenen Finanzhaushalt, ohne ausländische Schulden mit Ausnahme der amerikanischen Anleihe und mit einer geringen kurzfristigen Verschuldung.»<sup>53</sup> Die neuen Einnahmen ermöglichten es gleichzeitig, eine Verschuldung zu vermeiden und die als unabdingbar betrachteten Krisenausgaben zu finanzieren. Ein Grossteil dieser Ausgaben wurde der Volksmehrheit auferlegt, vor allem durch Steuern auf die «Volksdrogen der Arbeiterklasse»,<sup>54</sup> auf Tabak, Bier, Wein, Kaffee und Tee.

## Der selektive Interventionismus der Eidgenossenschaft

Der Bundesstaat war zentraler Akteur in der Regulierung wirtschaftlicher Aktivitäten seit seiner Gründung im Jahr 1848.<sup>55</sup> Zunächst auf die Handelspolitik beschränkt, nahm dieser Interventionismus im Kontext der grossen Depression Ende des 19. Jahrhunderts neue Formen an.<sup>56</sup> Die Grundlagen im Bereich der Landwirtschaft und der Gewerbe wurden gelegt. Während der Wachstumsperiode vor dem Ersten Weltkrieg waren die Verstaatlichung der Eisenbahn und die Gründung der SNB<sup>57</sup> der deutlichste Ausdruck einer verstärkten Präsenz des Bundes im Wirtschaftsbereich. Mit dem Ersten Weltkrieg wurde ein wichtiger Wendepunkt erreicht. Die Landesregierung übernahm früher unbekannte Kontrollfunktionen auf dem Gebiet der parastaatlichen Regulierung des Aussenhandels.<sup>58</sup> Das Krisenmanagement der

52 Müller (wie Anm. 1), S. 364.

53 BAR, E 1050.3 (A) 1995/495 2, Protokolle der Finanzkommission des Nationalrates, Sitzung vom 29. November 1933. Im französischen Originaltext: «Nous sommes le seul pays au monde qui ait un budget équilibré, aucune dette à l'extérieur sauf l'emprunt américain et pas beaucoup de dettes à court terme.»

54 Krätke (wie Anm. 24), S. 191.

55 Erich Gruner, 100 Jahre Wirtschaftspolitik. Etappen des Interventionismus in der Schweiz, in: Ein Jahrhundert schweizerischer Wirtschaftsentwicklung. Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft, 1864–1964, Bern 1964, S. 35–70, S. 56 f.

56 Cédric Humair, Développement économique et Etat central (1815–1914). Un siècle de politique douanière suisse au service des élites, Bern 2004.

57 Dazu Rolf Zimmermann, Volksbank oder Aktienbank? Parlamentsdebatten, Referendum und zunehmende Verbandsmacht beim Streit um die Nationalbankgründung 1891–1905, Zürich 1987.

58 Heinz Ochsenbein, Die verlorene Wirtschaftsfreiheit 1914–1918. Methoden ausländischer Wirtschaftskontrollen in der Schweiz, Bern 1971.

Nachkriegskrise von 1920 bis 1923 wurde seinerseits von der direkten Unterstützung dreier wichtiger Zweige der schweizerischen Wirtschaft durch den Bund geprägt: Hotellerie, Stickerei und Landwirtschaft.<sup>59</sup>

Während der Krise der 1930er-Jahre erlebte diese Politik eine bisweilen erhebliche Verschärfung. Die Eidgenossenschaft beteiligte sich nun zum ersten Mal am Betriebskapital von zwei zentralen Sektoren der Privatwirtschaft, der Uhrenindustrie und den Banken. Ende des Jahres 1931 setzte sie ein Dispositiv zur Verteidigung des Schweizer Aussenhandels sowie für gewisse einheimische Industrien in Kraft – mittels Zollkontingentierung, Einfuhrbeschränkungen, Kompensationspolitik und Clearing, insbesondere mit Deutschland.<sup>60</sup> Ausserdem führte die Regierung unter dem Druck der Schweizer Industriellen Ende März 1934 das Instrument der Exportrisikogarantie ein.<sup>61</sup> Die Eidgenossenschaft trat somit für die Exportbranchen, die von der Krise am meisten bedroht waren (wie die Stickerei, der Tourismus und vor allem die Uhrenindustrie) ein. Die wichtigsten Arbeitgeber der Uhrenindustrie riefen ihrerseits zu einer korporatistischen Reorganisation auf und forderten die Gründung einer «Superholding der Uhren», die ASUAG. Die Landesregierung unterstützte im Sommer 1931 die Mitzeichnung des Kapitals dieser Holding und die Bundesversammlung bestätigte diesen Entscheid im September 1931. Damit waren die Grundlagen des Korporatismus der Uhrenindustrie gelegt, welcher die Branche über Jahre hinaus prägen sollte, nämlich die Verflechtungen zwischen dem Bund, den organisierten Interessen der Branche und den Banken.<sup>62</sup>

Die internationale Bankkrise betrifft die grossen Schweizer Banken stark, vor allem wegen ihres grossen Engagements in Deutschland. Den beiden wichtigsten Schweizer Banken, der Schweizerischen Kreditanstalt und dem Schweizerischen Bankverein, gelang es im Gegensatz zu anderen grossen Schweizer Banken ziemlich rasch, diese heiklen Kredite zum grössten Teil zu amortisieren. Angesichts der Gefahr einer allgemeinen Bankkrise intervenierte die Eidgenossenschaft massiv. Ab Frühjahr 1933 war der Bundesstaat mit bis zu 100 Millionen Franken, etwa einem Viertel der jährlichen Staatsausgaben, bei der Banque d'Escompte (Diskontbank), der grössten Genfer Bank, involviert. Kurz danach, im Frühjahr 1934, musste diese aber ihre

59 Dieter Fahrni, *Die Nachkriegskrise von 1920–1923 in der Schweiz und ihre Bekämpfung*, unveröffentlichte Lizenziatsarbeit, Basel 1977.

60 Félix Billaud, *Essai sur le régime des limitations à l'importation en Suisse au cours de la période 1931–1939*, Genf 1942; Frech (wie Anm. 13), S. 52–68.

61 Mauro Cerutti, *Politique ou commerce? Le Conseil fédéral et les relations avec l'Union soviétique au début des années trente*, in: *Studien und Quellen* 7 (1981), S. 122–136; Müller (wie Anm. 1), S. 486–491.

62 Marc Perrenoud, *Corporatisme horloger et paix du travail (1926–1937)*, in: Ulrich Pfister, Brigitte Studer, Jakob Tanner (Hg.), *Arbeit im Wandel. Deutung, Organisation und Herrschaft vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Zürich 1996, S. 291–313. Zum Uhrenkorporatismus auch Georges Piotet, *Restructuration industrielle et corporatisme. Le cas de l'horlogerie en Suisse (1974–1987)*, Dissertation, Lausanne 1988.

Schalter schliessen, nachdem die Gefahr einer Ansteckung des allgemeinen Finanzsystems vermieden werden konnte. Die Schweizerische Volksbank (SVB) erschien dagegen in den Augen aller politischen Kreise als eine Bank, die wegen ihrer zentralen Rolle für die Wirtschaft und die (Klein-)Sparer unmöglich Konkurs machen könne. Ende November 1933 wandte sich der Bundesrat an die eidgenössischen Räte und beantragte eine Beteiligung der Eidgenossenschaft in Höhe von 100 Millionen Franken für die Rettung der SVB, wobei diese Summe als «aussergewöhnlich hoch» bezeichnet wurde. Gegen diesen Plan zur Reorganisation und Refinanzierung der SVB gab es keine ernsthafte Opposition, und die Bank sollte Höhen und Tiefen der Krise überstehen.<sup>63</sup>

Die Reaktion der Eidgenossenschaft auf die Krise in der Landwirtschaft war in erster Linie politisch motiviert. Ab Ende des 19. Jahrhunderts konsolidierten die Bürgerlichen ihre Allianz mit dem Bauernstand innerhalb des «Bürgerblocks» durch eine zunehmend interventionistische Agrarpolitik.<sup>64</sup> Während der 1930er-Jahre ruhte die Agrarpolitik auf zwei Säulen. Die erste betraf die Massnahmen zur Abschottung des Binnenmarktes durch die Aussenhandelspolitik.<sup>65</sup> Die zweite bezog sich auf die Subventionspolitik durch öffentliche Gelder für die Landwirtschaft, für die das Jahr 1932 einen wichtigen Wendepunkt darstellt. Zuerst intensiviert der Bundesrat seine Politik der Stützung des Milchpreises stark.<sup>66</sup> Dann strebte der Bund danach, die einheimische Getreideproduktion durch eine Aufkaufspolitik mit festem Preis zu unterstützen. Zur Zeit des Ausbruchs der Krise machten die Agrarsubventionen weniger als 10 Prozent der Ausgaben des Bundes aus, 1935 jedoch bereits 20 Prozent.<sup>67</sup>

Im Unterschied zum landwirtschaftlichen Interventionismus ist die eidgenössische Politik gegenüber Handel und Gewerbe charakterisiert als etwas, was mit Hanspeter Schmid als «Intervention durch Nichtintervention» bezeichnet werden kann.<sup>68</sup> Tatsächlich liess die Eidgenossenschaft die wachsende Kartellierung des schweizerischen Gewerbes zu und unterstützte diese teilweise aktiv. Auch hier ging es darum, die privilegierte Verbindung mit einem wichtigen sozialen und politischen Akteur

63 Jan Baumann, Bundesinterventionen in der Bankenkrise 1931–1937. Eine vergleichende Studie am Beispiel der Schweizerischen Volksbank und der Schweizerischen Diskontbank, unveröffentlichte Dissertation, Zürich 2004.

64 Werner Baumann, Bauernstand und Bürgerblock. Ernst Laur und der Schweizerische Bauernverband 1897–1918, Zürich 1993, S. 147–197.

65 Hans-Ulrich Baumgartner-Girardot, Agrargeschichte und Agrarpolitik der Schweiz in der Zwischenkriegszeit von 1920–1940, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Zürich 1981.

66 Josef Hürlimann, Staatliche Preis- und Absatzsicherungspolitik in der schweizerischen Landwirtschaft seit Ende der 20er Jahre bis zum Kriegsausbruch 1939, Dissertation, Zürich 1944, S. 63–90.

67 Müller (wie Anm. 1), S. 365.

68 Hanspeter Schmid, Wirtschaft, Staat und Macht. Die Politik der schweizerischen Exportindustrie im Zeichen von Staats- und Wirtschaftskrise: (1918–1929), Zürich 1983, S. 382.

zu erhalten, der Interessen verteidigte, die a priori denjenigen der entwickeltsten Sektoren der Exportwirtschaft entgegenliefen.<sup>69</sup> Dies lässt sich besonders bei der Einführung protektionistischer Massnahmen für den Einzelhandel gegen die Warenhäuser oder Einheitspreisgeschäfte beobachten.

Die Aktionen des Staates zugunsten der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes standen in starkem Gegensatz zu den äusserst schwachen Antworten des Bundes auf die soziale Krise. «Trotz des grossen Einsatzes privater Hilfsorganisationen ist die Armut in vielen Regionen des Landes gross», bemerkte der Bundesrat lakonisch im Februar 1933.<sup>70</sup> Die Arbeitslosenversicherung war kaum entwickelt und schützte meist nicht vor dem Gang auf das Fürsorgeamt. Der Bund weigerte sich, eine Politik der öffentlichen Arbeiten durchzuführen. Nur unter dem Druck einer 1934 lancierten Volksinitiative der Gewerkschaften und Angestelltenverbände, der sogenannten Kriseninitiative, und angesichts des konjunkturellen Zusammenbruchs des Binnenmarkts begann die bürgerliche Parlamentsmehrheit solche Massnahmen ins Auge zu fassen. Die Initiative scheiterte am 2. Juni 1935 in der Volksabstimmung nach einer von den Opponenten mit gewaltigen finanziellen Mitteln geschürten Kampagne und der Zuhilfenahme der drohenden Abwertung als Ängste mobilisierendes Argument. Sie bremste jedoch die von der Exportindustrie gegen die Ansicht ihrer Verbündeten, des Bauern- und des Gewerbeverbands, gewünschte Deflationspolitik entscheidend. Indirekt beschleunigte das Projekt der Linken somit eine Entwicklung, die im September 1936 zur Abwertung des Schweizer Frankens führte.<sup>71</sup>

## **«Ein Franken ist ein Franken» Die Abwertung der Schweizer Währung**

Der Zusammenbruch des Binnenmarkts samt der Stagnation der Ausfuhren, die sich auf sehr niedrigem Niveau befanden, sowie die wachsenden Spannungen auf den Finanzmärkten und die Sackgasse, in welche die Deflationspolitik geraten war, führten schliesslich zum Ende der Verteidigung der Goldparität.<sup>72</sup> In engstem Kreis, bestehend aus Bundesräten, leitenden Beamten des Finanzdepartements sowie der Generaldirektion der SNB, wurden spätestens ab Beginn des Jahres 1936 Vorbereitungsarbeiten für eine mögliche Ablösung des Schweizer Frankens von der Gold-

69 Kenneth Angst, Von der «alten» zur «neuen» Gewerbepolitik. Liberalkonservative Neuorientierung des Schweizerischen Gewerbeverbandes (1930–1942), Bamberg 1992.

70 Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über neue Vorschriften betreffend die Krisenhilfe für Arbeitslose (vom 27. Februar 1933), in: Bundesblatt, I, 1933, S. 273–304, S. 277.

71 Dazu Müller (wie Anm. 1), S. 509–600.

72 Ebd., S. 645–734.



parität in die Wege geleitet.<sup>73</sup> Für die Wortführer der wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Kräfte des Landes wurde die Abwertung nun zu einer denkbaren Option. Mit Bezug auf die Unmöglichkeit, eine echte Deflationspolitik durchzuführen oder gar die Protektionsmassnahmen des Binnenmarkts zu beseitigen, bekundete der Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, der Industrielle Hans Sulzer, im Februar 1936, er sei «zur Überzeugung gekommen, dass die Widerstände sowohl gegen den direkten Abbau, als gegen den indirekten Abbau in Form von Steuererhöhungen zu gross sind, um uns in absehbarer Zeit den Wiederanschluss an den Weltmarkt zu ermöglichen, und dass dann eben die Abwertung sich zwangsweise durchsetzen wird».<sup>74</sup>

Die SPS und die Gewerkschaften ihrerseits waren gespalten zwischen dem Willen der Ersteren, die politische Verantwortung einer Abwertung des Schweizer Frankens der bürgerlichen Mehrheit aufzuerlegen, und der Überzeugung der Letzteren, dass so schnell wie möglich gehandelt werden müsse, um die chronisch gewordene Krise einzudämmen. Diese Position wurde von Max Weber, dem späteren SP-Bundesrat und damaligen Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), ab Ende 1935 innerhalb der SPS und der Gewerkschaften offensiv verteidigt, nachdem in den Jahren zuvor aus Sicht des SGB die Währungsdiskussion hinter dem Kampf um die Kriseninitiative zurückgestanden hatte. Trotz dieser Entwicklung musste in Frankreich erst die Volksfront die Wahlen gewinnen, bevor die Währungsfrage in die Endphase eintrat. Mehrere führende Unternehmen, darunter das von Hans Sulzer, unternahmen Transaktionen, die sie gegen die vorauszusehenden Auswirkungen einer Abwertung schützen sollten.<sup>75</sup> Die SNB ihrerseits brachte so viel von dem gelben Metall wie möglich aus Frankreich in die Schweiz. Ab Anfang September 1936 beschleunigte sich die Entwicklung. Am 24. September 1936 kam der Wirtschaftsminister der Volksfrontregierung, Charles Spinasse, heimlich per Flugzeug von Paris nach Basel, um in Bern Bundesrat Albert Meyer, den Nachfolger Musys, und Gottlieb Bachmann, den Präsidenten des Direktoriums der SNB, zu treffen.<sup>76</sup> Er informierte seine Gesprächspartner darüber, dass die französische Regierung am folgenden Tag über die Abwertung des französischen Frankens um 30 Prozent befinden werde.

Am 26. September überschlugen sich die Ereignisse. Während der ersten zwei Arbeitsstunden, von 8 bis 10 Uhr morgens, wurde Gold in der Höhe von circa 28,5 Millionen Franken oder 2 Prozent der Reserve der SNB von dieser abgezogen.<sup>77</sup>

73 ASNB, 2242 Währungspolitik allgemeines 1936–1937, Dossier «Anfrage Schirmer 1935», Brief der SNB an August Schirmer, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, vom 8. Oktober 1936.

74 ASHIV, Protokolle der Sitzungen des Vorortes des SHIV, Sitzung vom 14. Februar 1936.

75 Patrick Halbeisen, Goldstandard oder «manipulierte Währung»? Partikularinteressen und Währungspolitik in den 1930er Jahren, in: *Traverse* 1 (2005), S. 169–176.

76 ASNB PBA, Sitzung vom 28. September 1936.

77 Ebd.

Der Bundesrat versammelte sich ein erstes Mal um 9 Uhr morgens in Gegenwart von Gottlieb Bachmann.<sup>78</sup> Der Präsident des Direktoriums der SNB empfahl den Bundesbehörden, die Idee einer Geldabwertung trotz des französischen Entschlusses abzulehnen, selbst wenn ein Embargo für den Goldexport erlassen würde und die Schweizer Börsen schliessen müssten. Danach wurde er aufgefordert, den Sitzungssaal zu verlassen. Obwohl die Stimme der Leiter der SNB bei den internen Beratungen der Landesregierung zählt, ist der souveräne Staat für den Entschluss einer möglichen Abwertung als Akt des internationalen Rechts zuständig. In diesem besonderen Moment behauptete sich die politische Macht gegen diejenige der Währungshüter. Bachmann wurde zurückgerufen und erfuhr zu seinem Bedauern die Entscheidung des Bundesrats. Zuerst beantragte er, von der Durchführung dieser Massnahme befreit zu werden, doch der Bundesrat konnte ihn zum Verbleiben bewegen. Meyer erhielt den Auftrag, am folgenden Tag eine Ansprache im Radio zu halten. Darüber hinaus wurde eine Pressemitteilung veröffentlicht, um über den Entschluss der Bundesbehörden, den Franken abzuwerten, zu informieren. Die Regierung beabsichtigte, ihren Bericht am Montag, dem 28. September 1936, der Bundesversammlung vorzulegen. Die Börsen würden bis Mittwoch, 30. September, geschlossen bleiben. Die bürgerliche Presse, ohne die Abwertung des Schweizer Frankens öffentlich zu begrüssen, stand dieser Entscheidung positiv abwartend gegenüber.<sup>79</sup> Jahrelang verschrien, wurde die Aufhebung der Goldparität des Schweizer Frankens nun als Start in eine neue Wachstumsphase angesehen. Die Geldabwertung wurde rasch auf institutioneller Ebene vom Parlament akzeptiert.

Für die Gewerkschaften war «die Abwertung des Frankens an sich weder ein nationales Unglück noch ein Segen».<sup>80</sup> Der SHIV kommentierte den Entschluss des Bundesrats mit Nüchternheit. Vor der Schweizerischen Handelskammer bemerkte der spätere Bundesrat Ernst Wetter, er wolle keinen «Nachruf auf den Franken halten. Durch den Beschluss des Bundesrates ist er abgewertet und bleibt er abgewertet.»<sup>81</sup> Die wichtigste Folge der Loslösung der Schweizer Währung von der Goldparität und die Abwertung des Schweizer Wechselkurses um circa 30 Prozent gegenüber anderen Währungen bedeutete eine wesentliche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Exportprodukte auf den Weltmärkten. Sobald das hauptsächlichste Hindernis für die Nachfrage aus dem Ausland beseitigt war, stiegen die Exporte wieder an.<sup>82</sup> Was die Schweizer Währung betrifft, so ging sie gestärkt aus der Krise hervor. Wie der spätere Präsident der Generaldirektion der SNB, Ernst Weber, anlässlich einer Sitzung des

78 Diplomatische Dokumente der Schweiz, Bd. 11, 297, BAR, E 1004 1/360, Protokolle der Sitzungen des Bundesrates, Sitzung vom 26. September 1936.

79 Rudolf Bebié, Die Abwertung des Schweizerfrankens, Dissertation, Zürich 1939, S. 232–237.

80 La dévaluation du franc, in: La lutte syndicale, 3. Oktober 1936.

81 ASHIV, Protokolle der Schweizerischen Handelskammer (PSHK), Sitzung vom 20. Oktober 1936.

82 Ruffieux (wie Anm. 9), S. 287–293.



Direktoriums im November 1937 bemerkte: «Unsere stabile Währungslage macht die Schweizerwährung zu einer gesuchten Valuta, unser Land zu einem der ersten Hortungsländer.»<sup>83</sup>

## Konklusion

Unter dem Gesichtspunkt der führenden bürgerlichen Kräfte erbrachte ihre Krisenstrategie bis Frühling 1935 zufriedenstellende Resultate. Ihre Allianzpolitik wurde niemals ernsthaft gefährdet. Die Einbindung der Landwirtschaft sowie des Gewerbes ermöglichte es dem von den Entscheidungsträgern der Exportindustrie und des Finanzplatzes gebildeten hegemonialen Kern des «Bürgerblocks», sein Programm gegen die Lohnabhängigen weiterzuführen und die Arbeiterbewegung zu isolieren. Doch mit der Verschärfung der Krise führte die bürgerliche Krisenstrategie zu zunehmenden Spannungen zwischen der Währungs-, der Finanz- und der Wirtschaftspolitik. Mit anderen Worten, was man eine «orthodoxe Triade der Zwischenkriegszeit» nennen könnte, genauer gesagt: eine Finanzpolitik, welche sich auf das finanzielle Gleichgewicht des Staatshaushaltes, die Verteidigung der Goldparität der Währung und eine Wirtschaftspolitik, die staatliche Eingriffe möglichst beschränken möchte, orientiert, geriet schliesslich in eine Sackgasse, als sich die Krise vertiefte.

Im Fall der Schweiz lag der Schwachpunkt dieser orthodoxen Triade bei der Deflationspolitik. Die Entschlossenheit der Industriellen, umfangreiche Gehaltskürzungen durchzuführen, ist offensichtlich. Die Ablehnung dieser Politik durch den SBV, den SGV und die Arbeiterbewegungen zeigt hier allerdings auch die Grenzen auf. Obwohl eine teils substantielle Reduktion der Gehälter in fast allen Exportindustrien und bei der Eidgenossenschaft eingeführt wurde, blieb die Blockade bezüglich der Binnenpreise intakt. Vor allem um die Landwirtschaft im Schosse des Bürgertums zu halten, verpflichteten sich die Wortführer der Industrie und des Finanzplatzes samt der Landesregierung, dem Bauernstand eine massive Erhöhung der staatlichen finanziellen Unterstützung und eine Verstärkung des Zollprotektionismus zu gewähren. Den wichtigen Vertretern der Industrie waren im Übrigen die Grenzen ihrer Politik bewusst. Wie der Vizepräsident des SHIV, Ernst Wetter, während der ersten Sitzung der Schweizerischen Handelskammer (SHK) nach der Abwertung des Schweizer Frankens feststellte: «Vielleicht ist ein derart harter Weg vor allem in einer Demokratie nicht gangbar.»<sup>84</sup>

Die Finanzpolitik des Bundes während der Krise zeichnet sich durch eine hohe Effizienz im Interesse der bürgerlichen Mehrheit aus. Die Bundesbehörden waren

83 ASNB PBA, Sitzung des 9. und 10. November 1937.

84 ASHIV PSHK, Sitzung vom 20. Oktober 1936.

in der Lage, weitgehend zu vermeiden, auf öffentliche Verschuldung oder Kredite der SNB zurückzugreifen. Die neuen Finanzmittel kamen vor allem von den Konsumsteuern, während die direkten Steuern auf ein Minimum beschränkt blieben, bei gleichzeitigen Entlastungen bei den Vermögenssteuern. Im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Grossmächten hielt sich das Bundesdefizit systematisch unter 6 Prozent der Jahresausgaben, ausser im Jahr 1933. Das Defizit enthielt die Fortsetzung des Bundesbeschlusses betreffend die Tilgung der Staatsverschuldung von 1927.<sup>85</sup> Die Schweizerische Eidgenossenschaft hätte ein Nulldefizit während der tiefsten Wirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts aufweisen können, hätte sie diesen Rückzahlungsplan während der Krise nicht fortgesetzt. Der finanzielle Handlungsspielraum hätte es der Schweiz theoretisch erlaubt, trotz der Politik des starken Frankens eine weitaus aktivere, auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch öffentliche Investitionen ausgerichtete Krisenpolitik zu führen. Die politische Realität der 1930er-Jahre liess dies jedoch nicht zu.

Um den Widerspruch zwischen der Erhaltung der Finanzorthodoxie und die mit der Krise verbundenen finanziellen Anforderungen zu lösen, griff der «Bürgerblock» vielmehr auf das zurück, was man einen Finanzautoritarismus nennen könnte, indem er nämlich einen grossen Teil des Bundeshaushalts der parlamentarischen Kontrolle und der Finanzpolitik der direkten Demokratie entzog. Die herrschenden Kreise in der Schweiz intensivierten die Steuereinnahmen vor allem durch Konsumsteuern, insbesondere durch die erhöhte Besteuerung der «Volksdrogen der Arbeiterklasse».<sup>86</sup>

Die Politik des starken Frankens war der Hauptgrund für die anhaltende Krise im Land, während sich der Aufschwung auf internationaler Ebene ab 1933/34 abzeichnete. In den Augen der schweizerischen Elite schien die Erhaltung des Goldfrankens aber aus zwei Gründen besonders erforderlich: Einerseits wurde die Schweizer Währung als Symbol der Position des Landes in der internationalen Arbeitsteilung und der starken Verflechtung seiner Industrie und seines Finanzplatzes mit den ausländischen Märkten angesehen. Andererseits galt die Verteidigung des Goldfrankens als Voraussetzung für die Wiederherstellung der Weltwirtschaft auf der Basis der Freiheit des Kapital- und Warenverkehrs, als diese ab 1930 in der Krise versank. Angesichts der zentralen Rolle, welche die industriellen Arbeitgeber im politischen und ökonomischen System der Schweiz spielten, trugen sie eine schwerwiegende Verantwortung für die ökonomischen und sozialen Folgen dieser Goldfrankenpolitik.

Die Verteidigung des Goldfrankens bis zum September 1936 machte aus dem Schweizer Franken letztlich eine der sichersten und stabilsten Währungen der Welt. Die Entscheidung der Schweizer Behörden, weder der Abwertung des Pfundes im

85 Bundesbeschluss betreffend die Tilgung des Passivsaldo der eidgenössischen Staatsrechnung (vom 15. Juni 1927), in: Eidgenössische Gesetzsammlung, 43, 1927, S. 212 f.

86 Krätke (wie Anm. 24), S. 191.

September 1931 noch derjenigen des amerikanischen Dollars im April 1933 zu folgen, war eng mit ihrer Entschlossenheit verbunden, den Status als Zufluchtswährung, den der Schweizer Franken vor und nach dem ersten Weltkrieg erworben hatte, zu konsolidieren.

Die Kosten dieser bürgerlichen Strategie der Bewältigung der Krise waren für einen grossen Teil der Schweizer Bevölkerung sehr hoch. Der Bund beschränkte sich darauf, Subventionen an die Arbeitslosenkassen beizusteuern, die bei weitem nicht alle ArbeitnehmerInnen vor den sozialen Konsequenzen der Arbeitslosigkeit schützten. Ab 1933, also im Moment der Ausweitung und Vertiefung der Krise auf dem Binnenmarkt, reduzierte die Eidgenossenschaft ihre Unterstützung. Der «Bürgerblock» blieb ebenfalls ohne Antwort auf die massive Zunahme von Gesuchen um öffentliche oder private Fürsorge. Der Kampf gegen die Armut gehörte nicht zu den eidgenössischen Krisenpolitiken. Die soziale Wirklichkeit von Hunderttausenden von Armen in der Schweiz während der 1930er-Jahre war die geringste Sorge der bürgerlichen Mehrheit.